

## Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller\*in: Oliver Schönborn (KV Rhein-Hunsrück)

### Änderungsantrag zu PB.L-01

#### Von Zeile 191 bis 193:

führen wir eine Klimaverträglichkeitsprüfung ein. Mit einer CO<sub>2</sub>-Bremse machen wir Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe, indem wir Gesetze an ihrer Vereinbarkeit mit ~~den nationalen Klimaschutzzielen~~ dem Pariser Klimaabkommen messen und ihre Klimawirkung entsprechend prüfen. Die Gesetze müssen sich auf ein verbleibendes Restbudget für CO<sub>2</sub> stützen. Wir wollen klar festgelegte Ziele, Zwischenziele und CO<sub>2</sub>-Minderungspfade für alle Sektoren mit dem verbindlichen Ziel, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen, dichte Kontrollen, ob die Maßnahmen wirken sowie empfindliche Sanktionen und gesetzliche Festlegung einer klimaneutralen öffentlichen Verwaltung.

### Begründung

Wenn wir Gesetze auf ihre Klimaverträglichkeit überprüfen, dann doch anhand des Pariser Klimaabkommens. Nationale Klimaschutzziele wie bspw. die der Bundesregierung sind nicht zwangsläufig konform mit dem 1,5-Grad Pfad.

Die CO<sub>2</sub>-Bremse sollte nicht weniger stark entwickelt sein, wie die bereits in der Bundesdelegiertenkonferenz vom 16.11.2019 erarbeitete:

"Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land"

dort heißt es:

"Zudem wollen wir ein Klimaschutzgesetz, das den Rahmen für alle Klimaschutzmaßnahmen bildet und das sich bei allen Maßgaben auf ein verbleibendes Restbudget für CO<sub>2</sub> stützt, dem gemäß wir die Ziele des Pariser Abkommens erreichen können. Wir wollen:

- klare Maßnahmen für alle Sektoren,
- klar festgelegte Ziele, Zwischenziele und CO<sub>2</sub>-Minderungspfade für alle Sektoren mit dem verbindlichen Ziel, das Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen,
- dichte Kontrollen, ob die Maßnahmen wirken sowie empfindliche Sanktionen,
- gesetzliche Festlegung einer klimaneutralen öffentlichen Verwaltung." (Z. 163 bis 170)

<https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wirtschaft-Handeln-und-zwar-jetzt-Beschluss-BDK-11-2019.pdf>

### weitere Antragsteller\*innen

Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Herbert Lange (KV Landshut-Land); Philipp Häusele (KV Augsburg-Stadt); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Erich Minderlein (KV Ortenau); Barbara Wagner (KV Bodenseekreis); Sascha Heußen (KV Köln); Stefan Schubert (KV Solingen); Judith Esposito (KV

Rhein-Hunsrück); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Achim Stump (KV Köln); Nicolas Blume (KV Köln); Benedikt Nyqvist (KV Herzogtum Lauenburg); Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin); Marvin Schuth (KV Köln); Karlheinz Emmler (KV Lörrach); Christian Althoff (KV Köln); Ole Menzel (KV Rhein-Hunsrück); Max Benke (KV Rhein-Hunsrück)